Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. November 1930

Die neue Notverordnung.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Verkündung wahrscheinlich Montag - Vormittag.

SPD. Die tagelangen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Führern der Reichstagsfraktionen haben am Sonnabend mit dem endgültigen Entschluss des Reichskanzlers geendet, die Notverordnung vom Juli auf dem Verordnungswege zu mildern und ebenso das neue Finanzprogramm auf dem Verordnungswege in Kraft zu setzen. Wahrscheinlich wird eine einzige Notverordnung erlassen, deren Verkündung noch vor dem Zusammentritt des Reichstags am Montag-Vormittag erfolgen dürfte.

Ueber die Notverordnung vom Juli ist seit dem 12.November eingehend im Haushaltsausschuss des Reichstags beraten worden. Die Sozialdemokratie hat alles getan, um die entscheidenden Bestimmungen der Notverordnung zu verbessern und eine Mehrheit für diese Verbesserungen zu erreichen. Dass das mit den Kommunisten und Nationalsozialisten nicht möglich ist, haben die Verhandlungen täglich erwiesen. Nazis und Kommunisten lassen sich immer nur, um welche Fragen es sich auch handeln möge, von Agitationsabsichten und nicht von dem Willen leiten, den durch die Notverordnung in ihrer Lebenshaltung geschädigten Volksschichten zu helfen. Ihre Verantwortungslosigkeit geht soweit, dass sie durch Anträge auf völlige Aufhebung der Notverordnungen den Etat des Reiches beseitigen und die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufheben wollen. Die Folge dieser Sorte Politik war gewesen, dass die Unterstützungen nicht mehr hätten ausgezahlt werden können und die in der Notverordnung steckenden Verbesserungen z.B. des Arztsystems bei den Krankenkassen rückgängig gemacht worden wäre.

Angesichts dieser Situation war die Sozialdemokratie in der ihr zukommenden schweren Aufgabe völlig auf sich allein angewiesen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass sie in den Verhandlungen mit der Regierung nicht alles erreicht hat, was sie sachlich für notwendig hielt. Nach wie vor hält die Sozialdemokratie die Einführung der Arzneigebühr und der Krankenscheingebühr, sowie die Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung, vor allem aber auch die rohe Kopfsteuer für schädlich. Daher hat sie sich mit allen Kräften dafür eingesetzt, dass diese Bestimmungen aufgehoben werden. Sie stiess jedoch auf die entschiedene Ablehnung der Regierung, die darauf hinwies, dass solche Zugeständnisse an die Sozialdemokratie infolge des Widerstandes der übrigen Parteien nicht durchzusetzen wären. Trotzdem ist anzunehmen, dass es der hartnäckigen Arbeit der Sozialdemokratie gelungen ist, die Regierung davon zu überzeugen, dass ohne eine weitgehende Abänderung der alten Notverordnung auf eine Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht gerechnet werden kann.

Wenn vorerst auch noch nicht endgültig feststeht, wie die Reichsregierung die alte Notverordnung abändern wird, so sind doch wesentliche Milderungen bei dem Arzneischein, dem Krankenschein und anderen Bestimmungen der Krankenversicherung, aber auch bei der Arbeitslosenversicherung und insbesondere

bei der Kopfsteuer zu erwarten. Bei der Kopfsteuer dürften durch völlige Freistellung der Fürsorgeempfänger, der Arbeitslosen, der Krisenunterstützungsempfänger, der Sozial- und Kleinrentner, sowie aller Personen, die nicht selbständig auf eigene Rechnung leben, die grössten Ungerechtigkeiten und Härten beseitigt werden. Auch kann man annehmen, dass durch eine verbesserte Staffelung, die die höheren Einkommen schärfer anfasst, ein Mittelding zwischen Kopfsteuer und Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer geschaffen wird.

Die Sozialdemokratie hat immer dahin gewirkt, dass diese Abänderungen zur Notverordnung vom Juli auf parlamentarischem Wege beschlossen werden. Dass die Regierung dem nicht folgen will, ist auf den Widerstand der hinter ihr stehenden Parteien zurückzuführen. Nachdem die Wirtschaftspartei die Trennung von der Regierung vollzogen hat, fürchtete die Regierung, für Milderungen an der alten Notverordnung keine Mehrheit im Reichstag zu erhalten.

Diese Meinungsverschiedenheiten im bürgerlichen Lager sind es auch, die die Regierung veranlassen, für die Durchsetzung ihres neuen Finanzprogramms trotz aller Bedenken den Weg des Artikels 48 zu beschreiten. Durch die Verbesserungen, die der Reichsrat an den Regierungsvorlagen vorgenommen hat, ist nicht nur die Wirtschaftspartei vor den Kopf gestossen worden, sondern hat sich auch in den anderen Parteien die kritische Haltung verschärft. Die Reichsregierung lässt sich infolgedessen von der Sorge leiten, dass sie ebensowenig für die verfassungsändernden Vorlagen - Besoldungssperrgesetz und Ausgabenbegrenzungsgesetz - wie für die übrigen Vorlagen eine Mehrheit im Reichstag findet. Besonders stark sind die Bedenken gegen die Tabaksteuer. Offenbar will die Regierung den auch von der Sozialdemokratie geäusserten Einwänden dadurch entgegenkommen, dass neben den Milderungen, die der Reichsrat beschlossen hat, weitere Milderungen in der Höhe der Belastung und eine bessere Unterstützung für die durch die neue Belastung arbeitslos werdenden Arbeitskräfte vorgenommen werden.

Abgesehen von den sachlichen Bedenken, die die Sozialdemokratie gegen das Finanzprogramm der Regierung hat, vertritt sie nach wie vor die Auffassung, dass vor der Anwendung des Artikels 48 die parlamentarische Erledigung der neuen Gesetze wenigstens hätte versucht werden müssen. Unter keinen Umständen aber dürfen die Gesetze, die verfassungsändernden Charakter haben, das Besoldungssperrgesetz und das Ausgabenbegrenzungsgesetz, durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden. Angeblich plant die Regierung eine Umgestaltung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes, um es seines verfassungsändernden Charakters zu entkleiden. Das Besoldungssperrgesetz und das Pensionskürzungsgesetz, die beide in die Verfassung eingreifen, sollen dann auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung beraten und erledigt werden.

SPD. Duisburg, 29.November (Eig.Drahtb.)

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Wagner-Bochum wegen Verächtlichmachung der Republik und des Ministers Hilferding zu drei Wochen Gefängnis. Wagner hatte in einer vor zwei Jahren stattgefundenen Versammlung erklärt, die Republik sei ein Kind, das mit verkrüppeltem Rückgrat geboren worden sei. Der Geist der Republik sei unsittlich. Hilferding sei eine markante Erscheinung dieser Republik. Es solle sich aber keiner unterstehen, ihn einen korrumpierten Juden zu nennen, das sei strafbar.

SPD. Washington, im November (Eig.Ber.)

Die Wahlen des 4.November haben deutlich gezeigt, was wenigstens hinsichtlich der Frage des glorreichen 18.Ergänzungsparagraphen zur amerikanischen Bundesverfassung (Prohibition) die Wählermassen wollen. Wo die Volksstimme Gele-

genheit hatte, sich direkt oder indirekt über Prohibition und die "trockenen" Heerscharen des alkoholaustreibenden Bischof Cannon zu äussern, hat sie dies mit einer Entschiedenheit getan, deren Sinn nicht missverstanden werden kann. Wie weit sich die Stärke der Prohibitionsgegner im künftigen Bundeskongress auswirken wird, wann mit einer energischen gesetzgeberischen Abrechnung mit den Muckern zu rechnen sein wird, ist heute noch nicht zu sagen. Aber das ist nicht die Frage. Es besteht die Tatsache, dass der Sturm gegen die Prohibition im Anwachsen begriffen ist und ihm auch durch die Beschwörungen politischer Fanatiker kein Einhalt geboten werden kann.

So ist es wohl an der Zeit, einen Ueberblick über die Prohibition zu geben und graphisch aufzuzeigen, was sie in Amerika angerichtet hat. Im Jahre 1930 hat das Schreckenskind auf eine zehnjährige Existenz zurückblicken können, die noch in kommenden Jahrhunderten einen weltweiten Widerhall als eine der merkwürdigsten Epochen der amerikanischen Geschichte finden wird. Von Freunden und Feinden bitter umkämpft, ist die Prohibition in diesen zehn Jahren zu dem Hauptproblem des amerikanischen Lebens geworden, zu einem Komplex, der alle anderen Fragen des öffentlichen Lebens weit überschattet. Was heute zu sehen ist, ist im wahrsten Sinne des Wortes erschreckend. Ein Monstrum, das wie ein Nachtmar über Amerika liegt, mit seinen Fangarmen in die tiefsten Tiefen des nationalen Lebens reicht, sich zu einem Polypen ausgewachsen hat, der an den elementarsten Kräften der Nation saugt. Der zehnjährige Geburtstag ist wahrlich nicht dazu angetan gewesen, den Enthusiasmus der amerikanischen Massen wachzurufen.

Wer mag noch leugnen, dass die amerikanische Prohibition zum Gespött der ganzen Welt geworden ist? Aber darüber hinaus ist sie eine Farce, deren Erfolge in keinem annähernden Verhältnis zum Kräfteaufwand stehen und über die es unter denkenden Menschen nur ein Verdammungsurteil geben kann. Nichts ist mehr dazu angetan, den Hohn und Spott einer Welt herauszufordern als das überall sichtbare klägliche Fiasko einer mit allen Machtmitteln geführten Kampagne gegen den "Teufel Alkohol". Mit fast 36 000 Geheimkneipen in New York allein kann sich die Bevölkerung der Weltstadt wohl den Luxus leisten, das Gedenkjahr der Prohibition mit einem kräftigen Prosit zu feiern. Und was für New York gilt gilt mehr oder weniger für die ganze Union.

Aber den einmal aufgeworfenen Fragen ist nicht mit einer Handbewegung und einer spöttischen Bemerkung beizukommen. Dass hierzulande vor der Prohibition mit dem Alkoholgenuss ein schamloser Missbrauch getrieben wurde, der schon im vorigen Jahrhundert zu einer bunten Experimentiererei in einzelnen Bundesstaaten führte, ist unbestreitbar, kann aber für die gegenwärtigen Verhältnisse nur eine schwache Entschuldigung abgeben. In den Kreisen hundertprozentiger Temperenzler mag man über angebliche Prohibitionserfolge jubeln, sich im Besitze des Bundeskongresses sicher fühlen. Eine nüchterne Uebersicht über die erzielten Resultate gibt eine deutlichere Antwort als es alle Für- und Wider-Tiraden können. Die Prohibition, die Hoover in sorgenfreien Vor-Präsidenten-Tagen als nobles Experiment bezeichnete, spricht gegen sich selbst, und zwar mit Ziffern, die beredte Warnungszeichen der nahen Zukunft sind.

Das "noble Experiment" hat der Bundesregierung bis zum Frühjahr 1930 weit über 400 Millionen Dollar gekostet, denen getrost etwa 3 Milliarden Dollar zuzurechnen sind, die die Behörden nach eigenen Schätzungen an Alkoholsteuern in zehn Jahren einbüssten. Auf dem Altar der Prohibition haben nach übervorsichtigen amtlichen Feststellungen 260 Personen ihr Leben lassen müssen, nicht gerechnet die Hunderte von Menschen, die indirekt durch die Prohibion in Bandenkämpfen, Eifersüchteleien um den Absatz des Schmuggelalkohols usw. getötet wurden. Mehr als 550 000 Personen sind wegen Uebertretung der Prohibitionsbestimmungen strafrechtlich verfolgt und verhaftet worden, davon allein 80 000 im letzten Berichtjahre 1929. Ueber 230 000 Personen haben aus denselben Gründen einen mehr oder weniger langen Aufenthalt in den Bundesgefängnissen gefunden, was wiederum zu unglaublicher Ueberfüllung der Strafanstalten und den dadurch geförderten zahlreichen Sträflingsausbrüchen führte.

Alkoholismus nimmt als Folge der Geheimbrennerei und des in den Verkehr gebrachten Giftfusels unter den nationalen Krankheiten einen ehrenvollen Platz neben Typhus ein. Die Sanitätsbehörden bezifferten die Zahl der alkoholischen Krankheitsfälle im Jahre 1929 auf über 35 000, eine Zahl, wie sie niemals annähernd vor der Prohibition erreicht worden ist. Diplomatische Komplikationen sind an der Tagesordnung, Schwierigkeiten zwischen der Bundesregierung und den einzelstaatlichen Amtsstellen gegeben. An eine Erledigung der Prohibitionsstrafsachen, die allein im Süddistrikt von New York 94 % sämtlicher dort anhängiger Strafsachen erreichen, ist trotz aller Anstrengungen nicht zu denken. Zu diesen wenigen Feststellungen kommen noch die Erfahrungen der einzelnen Bundesstaaten, die zu zahlreich sind, um hier festgehalten werden zu können.

Das ist die wahre Geschichte der Prohibition. Unter dem Banner des noblen Experiments hat sich eine neue amerikanische Landesindustrie aufgetan, die weder in Organisation noch in Umfang ihresgleichen in der Welt findet. Sie hat ihre grossen und kleinen Fabrikanlagen im ganzen Lande, ihre Generaldirektoren, Feldmarschälle und Verbrecher-Armeen, ihre Flotten und Radiostationen, ihre diplomatischen Agenten. Sie ist mit dem Heere der amerikanischen Politiker versippt und verschwägert, sie rechnet mit der offenen und stillschweigenden Hilfe der Mehrzahl der Gesetzeshüter. Kurz und gut, sie ist eine Macht, mit der jedermann rechnet und vor der nur die Bundesverwaltung aus wohlbekannten Gründen die Augen schamhaft verschliesst.

SPD. Der Reichstag tritt am 3.Dezember 3 Uhr nachmittags wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Beratung des Reichshaushaltsplans für 1931.

SPD. Paris, 29.November (Eig.Drahtb.)

Ein schwerer Zyklon, der stundenlang über die französischen Kolonien Algerien und Marokko niederging, hat den gesamten Telegraphie- und Telephonieverkehr zwischen den Städten Casablanca und Marakesch zerstört. Er riss 300 Telegraphenstangen um und schleuderte sie auf die Landstrasse. Das Elektrizitätswerk von Casablanca wurde ebenfalls zerstört.

SPD. Wien, 29.November (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Vaugoin ist am Sonnabend-Nachmittag zurückgetreten. Als neuer Bundeskanzler ist von den Christlich-Sozialen der Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Ender in Aussicht genommen.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags hat am Sonnabend mit der Beratung des Vierten Abschnitts der Notverordnung vom Juli begonnen, der die Bestimmungen zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung enthält. Gemäss ihrem Versprechen hat die Sozialdemokratie alles aufgeboten, um diesen für die sozial bedürftigen Kreise des Volkes wichtigsten Abschnitt in parlamentarischen Verhandlungen zu erledigen, also die Aufhebung der unsozialen Belastungen aus der Juli-Verordnung durchzusetzen. Nationalsozialisten und Kommunisten stellten wiederum nur Agitationsanträge, die weder den Kranken, noch den Arbeitslosen helfen würden.

Die Sozialdemokratie hat sich zunächst in wochenlangen Verhandlungen bemüht, die Aufhebung der Krankenschein- und Arzneigebühr durchzusetzen. Dem

aber hat sich die Regierung widersetzt. Da die hinter der Regierung stehenden Parteien dieselbe Haltung einnahmen, und bei den Nazis und Kommunisten überhaupt nicht auf sachliche Arbeit zu rechnen ist, so ist für eine völlige Aufhebung der Krankenschein- und Arzneigebühren zur Zeit keine positive Mehrheit zu schaffen, deren Beschlüsse von der Regierung durchgeführt würden. Deshalb hat die Sozialdemokratie den bereits im Juni eingebrachten Antrag wiederholt, wonach die Arzneigebühr sowohl bezüglich desPersonenkreises als auch bei gewissen Krankheiten aufgehoben werden soll. Der Antrag lautet :

Die Gebühr wird nicht erhoben: "bei Arbeitsunfähigen, Arbeitslosen, Unfallverletzten, Rentenempfängern, Schwangerschaftsbeschwerden, sowie bei ansteckenden Krankheiten oder wenn die Arznei zur schleunigen Abwendung einer Gefahr für das Leben oder zur Beseitigung von akuten Schmerzzuständen erforderlich ist."

Die gleiche Befreiung soll entsprechend für die Krankenscheingebühr gelten. Der sozialdemokratische Antrag verlangt ferner drei weitere Verbesserungen 1. soll die sechswöchige Gehaltszahlung in Krankheitsfällen durch Anderung des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und des BGB. zwingend (d.h. unabdingbar) vorgeschrieben werden. 2. soll das Hausgelt bis zur vollen Höhe des Krankengeldes erhöht werden. 3. In der Familienhilfe sollen die Arzneikosten bis zu 80 % erstattet werden.

Auch für die Arbeitslosenversicherung sieht der sozialdemokratische Antrag erhebliche Verbesserungen vor. So soll den Jugendlichen unter 17 Jahren der ihnen genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wieder gegeben werden. In Fällen, in denen die den Versicherten ordnungsgemäss abgezogenenBeiträge durch die Unternehmer nicht abgeführt worden sind, soll den Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden. Der § 105a der Notverordnung, wonach die Unterstützungssätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, soll so verbessert werden, dass diese 52 Wochen innerhalb zweier Jahre liegen. Wird in der Zwischenzeit eine Arbeitslosenunterstützung gewährt, so soll diese Zeit entgegen der Notverordnung nicht mehr angerechnet werden. Schliesslich verlangt der sozialdemokratische Antrag auch die Verkürzung der Wartezeit für alle Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, die durch die Notverordnung um 14 Tage verlängert war.

Diese sozialdemokratischen Anträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung bringen bei ihrer Annahme erhebliche Verbesserungen der Notverordnung. Während Kommunisten und Nationalsozialisten durch ihre Anträge nur Agitation betreiben, würden die sozialdemokratischen Anträge helfen und bessern. Obwohl die Entscheidung über die sozialdemokratischen Anträge noch aussteht, so kann doch jetzt bereits erwartet werden, dass durch das Vorgehen der Sozialdemokratie der Juli-Notverordnung die Giftzähne ausgebrochen werden. Wird das eintreten, so bestätigt sich die Richtigkeit auch des taktischen Vorgehens der Sozialdemokratie, die Notverordnung durch Beratung im Haushaltsausschuss des Reichstags so zu bessern, dass den Kranken und Arbeitslosen positiv geholfen wird.

SPD. Dresden, 29.November (Eig.Drahtb.)

Der sächsische Ministerpräsident Schieck hat der Deutschnationalen Fraktion des sächsischen Landtages, die u.a. die Abberufung des sächsischen Gesandten in Berlin Dr. Gradnauer gefordert hatte, eine bemerkenswerte Abfuhr zuteil werden lassen.

In dem Antwortschreiben des Ministerpräsidenten an die sächsischen Deutschnationalen wird zunächst gesagt, dass die Länder dazu berufen seien, im Reichsrat bei Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches sachlich mitzuarbeiten: "Der Reichsrat - so heisst es in dem Brief weiter - würde sich selbst aufgeben, wenn die Länder den Boden der Sachlichkeit verlassen und ihre positive Mitarbeit davon abhängig machen, ob ihnen die politische Zusammensetzung der

Reichsregierung oder die parlamentarische Mitarbeit genehm ist, die der Reichsregierung im Reichstag zuteil wird. Die sächsische Regierung glaubt sich auch zur gegenwärtigen Reichsregierung rein sachlich einstellen zu müssen. Sie hat sich umso weniger für berechtigt gehalten, die Vorschläge der Reichsregierung grundsätzlich abzulehnen, als ihr keine zurzeit ausführbaren Vorschläge dafür bekannt geworden sind, wie der drängenden Finanz- und Wirtschaftsnot begegnet werden soll. Die Aufgabe des sächsischen Gesandten in Berlin ist nicht, für oder wider eine politische Weltanschauung einzutreten, sondern nach den Weisungen der Regierung die sächsischen Interessen zu Geltung zu bringen. Dem Ministerpräsidenten ist kein Fall bekannt geworden, in der der Gesandte seiner Pflicht nicht in voller Loyalität nachgekommen wäre. Wollte ihn die Regierung seiner Parteizugehörigkeit wegen von seinem Amte entfernen, so wäre das ein Einbruch in die Freiheit der politischen Gesinnung, die der Beamtenschaft durch die Reichsverfassung gewährleistet ist. Hierfür ein Beispiel zu liefern würde einer Beamtenregierung am allerwenigsten anstehen. Diese Haltung nimmt die Regierung auch gegenüber allen anderen Beamten ein."

Abschliessend erklärt Ministerpräsident Schieck in seinem Brief, dass die gegenwärtigen Minister jederzeit bereit wären, die Regierung in andere Hände zu legen. Um des Landes willen wird die Deutschnationale Fraktion zugleich um jene Sachlichkeit ersucht, deren sich die Regierung zu befleissigen bemüht sei.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun beschäftigte sich dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung in Bielefeld u.a. auch mit dem Antimarxistengeschrei des Herrn Hugenberg. Der deutschnationale Parteiführer fühltesich getroffen und stürzte sich sofort in Unkosten, indem er dem preussischen Ministerpräsidenten auf dessen Äusserungen telegraphisch eine Antwort zukommen liess. Darauf hat Braun am Sonnabend folgende treffende Erwiderung erteilt :

"Ich habe mich in der Versammlung in Bielefeld gegen die unehrliche Demagogie gewendet, die mit dem Schlagwort "Marxismus" getrieben wird, und in diesem Zusammenhang auch folgende Ausführungen, die Sie nach dem Bericht des "Lokalanzeigers" kürzlich in einer Versammlung in Bielefeld gemacht haben, erwähnt :

"Seht unsere Arbeitslosen. Könnten wir mit diesen müssiggehenden und vom Reiche unterhaltenen Armeen von Armen nicht eine ganze neue Welt aufbauen? Ist es nicht nur der Wahnsinn unseres marxistischen Systems, dass sie wider Willen feiern?"

Darauf habe ich geantwortet: "Ich habe vor der Intelligenz des Herrn Hugenberg als Politiker wie als Parteiführer keinen übermässigen Respekt, aber für so dumm halte ich ihn doch nicht, dass er glauben kann, die heutige wirtschaftliche Depression, die einen Teil der ganzen Weltkrise darstellt, sei auf das marxistische System zurückzuführen. Er muss wissen, dass unsere ganze deutsche Wirtschaft im wesentlichen auf dem privatwirtschaftlichen System beruht, das, wie die furchtbare Krise beweist, nicht nur in Deutschland, sondern auch in England uhd Amerika und in anderen Industrieländern vollends versagt hat.". Von einem 50 fachen Millinär habe ich nicht gesprochen. Diese Art, die Privatverhältnisse des Politikers zum Gegenstand politischer Erörterungen zu machen, überlasse ich neidlos den Ihrem Einfluss unterstehenden Journalisten, die kürzlich erst wieder, anlässlich eines Einbruches in das dem Staat gehörende Jagdschloss Hubertusstock, von meinem Jagdschloss und meinem Tafelsilber, das nur in ihrer lügenhaften Phantasie existiert, fabulierten.

Auf ihre weiteren, sich in allgemeinen agitatorischen Redewendungen erschöpfenden Ausführungen einzugehen, versage ich mir, da ich mir davon weder für Sie noch für mich, noch für die breite Öffentlichkeit einen Gewinn verspreche und ich zudem meine knapp bemessene Zeit für fruchtbarere Tätigkeit brauche

Ich darf wohl erwarten, dass Sie den Wortlaut des vorstehenden Briefes, wie Sie es mit dem Wortlaut Ihres Telegramms getan haben, in den Ihnen unterstehenden Zeitungen veröffentlichen werden."

\+ + +

Der "Amtliche Preussische Pressedienst" bemerkt zu diesem Schreiben: "Die Schärfe des Tones in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten über die Berichterstattung der dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hugenberg nahestehenden Presse erklärt sich aus dem Umstande, dass Ministerpräsident Dr. Braun in der Lage war, persönlich die Wahrnehmung zu machen, dass Berichterstatter des Zeitungskonzerns des Herrn Dr. Hugenberg bei der polizeilichen Untersuchung des Einbruches im staatlichen Jagdschloss Hubertusstock anwesend waren. Die betreffenden Berichterstatter waren mithin bei der Feststellung zugegen, die sich auf das gestohlene Gut bezog; sie wussten also, dass Tafelsilber nicht gestohlen war, weil in dem Jagdschloss gar keins vorhanden war. Trotzdem haben Zeitungen des betreffenden Verlages diese unwahre Behauptung aufgestellt und haben auch die Behauptung vom "Jagdschloss des Ministerpräsidenten" trotz der amtlichen Richtigstellung wiederholt. Die erfundene Behauptung von dem Tafelsilber des Ministerpräsidenten hat bereits die zu erwartende politische Wirkung gehabt: Sie kehrt, wie Ministerpräsident Dr. Braun jetzt bei seinem Aufenthalt im Westen feststellen konnte, als Agitationsstoff in jeder nationalsozialistischen Versammlung wieder."

SPD. Rom, 29.November (Eig.Drahtb.)

Der z.Zt. hier weilende türkische Aussenminister veranstaltete am Sonnabend einen Presseempfang. Bei dieser Gelegenheit richtete der Korrespondent des "Soz.Pressedienst" in Rom an den türkischen Politiker die Frage, was er von den Veröffentlichungen der ausländischen Presse, insbesondere von den französischen Befürchtungen halte, dass sich um Italien ein neuer Block von Staaten bilde, dessen Politik gegen Frankreich gerichtet sei.

Der Minister erteilte eine ausweichende Antwort. Er erklärte, dass die Türkei völlig unabhängig sei und tun könne, was sie wolle. Man brauche nicht bestimmte Feinde oder bestimmte Freunde zu haben, man könne aber in bestimmten Fällen gegen eine Gruppe handeln, ohne in ihr gleich einen neuen Feind zu sehen. Das sei neue Diplomatie. Auch auf andere Fragen wich Ruschdi Bey aus. Genauer äusserte er sich nur über die Behauptung eines Dreibundes zwischen Italien, der Türkei und Griechenland. Er erklärte, dass man die Frage so nicht stellen könne. Sie sei schon in ihrer Form gelöst, nämlich in Separatverträgen zwischen je zwei der genannten Staaten. Unter der Aegide Italiens seien drei Freundschaftsverträge hintereinander abgeschlossen worden. Ob es sich um einen einzelnen Vertrag oder um drei Einzelverträge handele, sei im Grunde genommen gleich.

Inbezug auf Bulgarien erklärte der türkische Aussenminister, nachdem er seine Reise nach Sofia bestätigt hatte, dass nach seiner Erfahrung ein wirklich ruhiger und befriedeter Balkan ohne ein starkes und unabhängiges Bulgarien nicht mehr denkbar sei.

SPD. London, 29.November (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen, die im Laufe des Sonnabend in den Kohlendistrikten von Schottland und Südwales zwecke Beilegung des Konfliktes zwischen den Grubenindustriellen und den Arbeitnehmern geführt worden sind, haben die Hoffnung aufkommen lassen, dass die für Montag in Aussicht genommene Arbeitseinstellung vielleicht vermieden wird.

Entsprechend einer Aufforderung des Bergwerksministers und des Handelsministers an die Grubenbesitzer und die Distriktverbände der Bergarbeiter-

gewerkschaft ist am Sonnabend versucht worden, eine vorläufige Verabredung über die Arbeitszeit zu erreichen, um der Gewerkschaftskonferenz zu ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag Zeit zu weiteren Verhandlungen zu lassen. In Schottland sind die Verhandlungen zwar ergebnislos abgebrochen worden, jedoch haben die Grubenbesitzer erklärt, dass sie die Gruben 14 Tage offen halten wollen, und zwar soll von diesen Tagen nur an elf Tagen gearbeitet werden, und zwar zu den bisherigen Bedingungen, d.h. acht Stunden ohne Lohnkürzung. Die Verhandlungen in Südwales sind noch nicht abgeschlossen. Sie berechtigen jedoch hinsichtlich ihres Ausgangs zu einem gewissen Optimismus.

Bergwerksminister Shinwell erklärte am Sonnabend abend, dass eine Arbeitseinstellung vermieden werden würde. Falls es in den einzelnen Distrikten zu keiner vorläufigen Verabredung kommen sollte, werde am Sonntag im Handelsministerium eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Regierung, der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter erfolgen, damit die Arbeitseinstellung am Montag auf jeden Fall vermieden wird.

SPD. Wien, 29.November (Eig.Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt: "Der Bundespräsident Miklas hat den Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Otto Ender gebeten, sofort Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung einzuleiten. Dr. Ender hat diesen Auftra angenommen. Er trifft am Sonntag in Wien ein und wird dem Bundespräsidenten nach Abschluss seiner Besprechungen sofort Bericht erstatten."

In einem Schreiben des Bundeskanzlers Vaugoin an den Bundespräsidenten wirddie Demission damit begründet, dass Christlichsoziale, Schoberblock und Heimatblock ihre prinzipielle Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, die Regierungsmehrheit im Nationalrat zu bilden.

SPD. London, 29.November (Eig.Drahtb.)

Bei der Nachwahl im schottischen Wahlkreis East Renfrew behaupteten die Konservativen das Mandat mit 19 753 Stimmen. Der schottische Nationalist Brown erhielt 4 818, der Kandidat Irwin von der Unabhängigen Arbeiterpartei 12 293 Stimmen. 1929 hatten die Konservativen 18 487 Stimmen erhalten, die Labour Party brachte es auf 16 924 Stimmen.

Der Kandidatur Irwins war die offizielle Unterstützung der Exekutive der Labour Party versagt worden, da sich Irwin geweigert hatte, eine Loyalitätserklärung für die Labour Party und zur Fraktionsdisziplin abzugeben.

SPD. Kopenhagen, 29.November (Eig.Dr.)

Die für Sonnabend geplante Versammlung der Kopenhagener Nazi-Studenten mit Goebbels-Berlin als Redner wurde auf Grund von Vorstellungen des Polizeipräsidenten abgesagt. Goebbels wurde deshalb telegraphisch gebeten,die Reise nach Kopenhagen nicht anzutreten.

Die Versammlung unterblieb, weil man erhebliche Störungen durch die Kommunisten befürchtete.

SPD. Warschau, 29.November (Eig.Drahtb.)

Pilsudski hat am Sonnabend seine Mandate zum Sejm und Senat niedergelegt. In allernächster Zeit wird sich der Marschall auf mehrere Monate zur Erholung nach dem Süden begeben.

SPD. Die Preissenkungsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn haben zu folgendem Ergebnis geführt: Gesenkt werden die Preise der Arbeiter-Wochenkarten, Kurzarbeiter-Wochenkarten, der Monats- und Teilmonatskarten sowie der Monatskarten für Schüler; unter diese Preissenkung fällt jedoch nicht der Vorortsverkehr, soweit für ihn bereits ermässigte Sätze bestehen

Für Kartoffeln werden, nachdem die Stückgut-Frachten bereits gesenkt wurden, auch die Sätze für Wagenladungen ermässigt. Die Sätze sollen dadurch auch bei mittleren Entfernungen unter den Friedenssätzen liegen. Ferner soll eine Frachtsenkung für Getreide, Mehl und Qualitätseier die Lebensmittel-Preissenkung fühlbar beeinflussen. Auch der Tiertarif wird gesenkt und zwar stärker, als bei seiner vor dem Abschluss stehenden Umarbeitung vorgesehen war. Für alle bereits im Nottarif enthaltenen Lebensmittel wird, um den Wünschen der kleineren Verfrachter entgegenzukommen, für 5- und 10-t-Ladungen eine Ermässigung gewährt. Auch verschiedene Düngemittel werden in die Frachtsenkung einbezogen. Im Kohlenversand werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermässigungen durchgeführt.

Die Erleichterungen für Kohlen gelten ab 1.Dezember. Die übrigen Ermässigungen sollen in kürzester Frist in Kraft gesetzt werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Gericht über Grützner!

Der beklagte Staatssekretär Abegg wird zum Ankläger.

SPD. In der Privatklage des Senatspräsidenten Grützner gegen den Staatssekretär Dr.Abegg erkannte der Einzelrichter auf Freispruch Abeggs.Die Kosten fallen dem Kläger Senatspräsident Grützner zur Last.

Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin=Mitte,Amtsgerichtsrat Bües, fand am Sonnabend eine sehr interessante Verhandlung statt. Senatspräsident Grützner klagte gegen den Staatssekretär im preussischen Innenministerium,Dr. Abegg, durch den er sich beleidigt fühlte. Der Grund? Greszinski war im März dieses Jahres angewidert durch die Verleumdungskampagne berufsmässiger Ehrabschneider von seinem Amt als Innenminister zurückgetreten. In der Abschiedsrede, die Staatssekretär Abegg dem scheidenden Minister hielt, wies er auf die Gründe von Greszinskis Rücktritt hin und stellte fest,dass sämtliche Beamte des Ministeriums für die vergifteten Pfeile verleumderischer Gesellen nur allertiefste Verachtung übrig hätten.

Grützner, der ein überaus schlechtes Gewissen hatte, bezog diese scharfe Abwehr des Staatssekretärs auf sich und strengte Beleidigungsklage gegen den Staatssekretär an. Zur Verhandlung war er persönlich erschienen. Neben anderen hohen Staatsbeamten hatte er auch die Ladung des Ministerpräsidenten Braun gefordert, der dem geschäftigen Wichtigtuer allerdings eine ganz gehörige Abfuhr erteilte. Braun gab dem Gericht kurz und bündig zu wissen,dass er nicht den mindesten Anlass habe, interne Angelegenheiten des preussischen Staatsministeriums mit Herrn Grützner vor Gericht zu besprechen. Auch sämtliche anderen von dem Kläger geladenen Zeugen lehnten es ab,sich vor Gericht mit dem Senatspräsidenten einzulassen.

Sieht so ein Märtyrer aus?!

Staatssekretär Abegg ist nicht anwesend. Rechtsanwalt Otto Landsberg,sein Verteidiger, teilt mit,dass er wichtiger Dienstgeschäfte wegen am Erscheinen verhindert sei. Grützner versuchte sich in etwas weinerlicher Pose als eine Art Märtyrer hinzustellen. Zunächst erwähnt er den berüchtigten Brief an den Ministerpräsidenten Braun. Dann leistet er sich die dreiste Bemerkung,dass man das Schreiben sicher beachtet hätte, wenn ein Gewerkschaftssekretär an den preussischen Regierungschef geschrieben hätte. Dr. Landsberg erhebt sich und weist diese Ungehörigkeit des Herrn Grützner entschieden zurück.Schliesslich ersucht der Richter den geschwätzigen Senatspräsidenten,der immer wieder versucht, persönliche Dinge in die Verhandlung hineinzutragen,sich sachlich zu halten und alle Angriffe zu vermeiden.

Die Kampagne der "niedrigen Gesellen".

Auf Wunsch Grützner beschliesst das Gericht,den Staatsekretär Abegg wenigstens für kurze Zeit um sein Erscheinen im Gerichtssaal zu ersuchen.Staatssekretär Abegg leistet dem Ruf Folge und äussert sich kurz über das damalige Ausscheiden Greszinskis aus seinem Ministeramt. Er betont,dass der Minister von dem unwürdigen Schreiben des Senatspräsidenten noch gar keine Ahnung hatte,als er sich entschloss,sein Amt niederzulegen. Man habe den Minister von oppositioneller Seite so systematisch mit einer Flut widriger Verleumdungen und Schmähungen überschüttet,dass er amtsmüde geworden sei. Auf diese allgemeinen schmut-

zigen Angriffe hätten sich seinerzeit Abeggs scharfe Ausdrücke im Rahmen der Rede bei Greszinskis Abschied bezogen. Als Grützner dann Abegg mit hämischen Lächeln fragte, wann der Zeuge von seinem Brief an Braun Kenntnis erhalten habe, stellt der Staatsekretär kurz fest,dass er ihm erst nach der Abschiedsrede für Greszinski zu Gesicht gekommen sei. Auch mit Greszinski hat Abegg vor dem Rücktritt des Ministers kein Wort über den famosen Streich des Senatspräsidenten gewechselt. Der Minister äusserte nur allgemein,dass eine solch schmähliche Fülle indiskutabler Unflätigkeiten über ihn verbreitet wurden,dass er keine Lust mehr habe, im Amt zu bleiben.

Der gerichtete Kläger!

Nach einer Schlussrede des Senatspräsidenten verkündet der Vorsitzende das Urteil, nach dem Staatssekretär Abegg auf Kosten des Privatklägers freigesprochen wird. In der Begründung bestätigt der Richter dem Senatspräsidenten,dass er nicht aus Sensationsgründen und eigennützigen Motiven gehandelt habe. Im Urteil wird dann noch weiter zum Ausdruck gebracht, dass man dem beklagten Staatssekretär, der vor Gericht klargelegt habe,dass er ohne Kenntnis des Grützner'schen Elaborats zu dem scheidenden Minister gesprochen habe,unbedingt Glauben schenken müsse.

Grützner hörte sich das Urteil und seine Begründung mit enttäuschtem Gesicht an.

\+ + +

"Do X" zerstört. Am Sonnabend nachmittag brach auf dem deutschen Flugschiff "Do X", das zurzeit im Lissaboner Hafen liegt, Feuer aus;möglicherweise lag Vergaserbrand vor. Der linke Flügel des Riesenflugbootes ist vollkommen zerstört worden. Nur unter unsäglichen Mühen gelang es der Besatzung des Schiffes und hinzugeeilten Soldaten des portugiesischen Seefliegercorps, die Maschine vor der völligen Vernichtung zu bewahren. Es wird jetzt nichts anderes übrig bleiben,als die Reste des Flugschiffs abzumontieren und nach der Heimatwerft Rorschach am Bodensee zu verfrachten. Das Problem der Zweckmässigkeit des geplanten Transozeanfluges steht nunmehr vorläufig nicht mehr zur Debatte.

\+ + +

Ermordete Konfitürenhändlerin. Erwürgt aufgefunden wurde in Berlin N. die 57 Jahre alte unverheiratete Konfitürenhändlerin Anna Matschke. Es wird angenommen,dass Fräulein Matschke von ihrem Untermieter ermordet worden ist.

\+ + +

Frenzels letztes Wort. Der Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim bei Potsdam, der nach wie vor vom Staatsanwalt der Blutschande an den Frenzelschen Töchtern beschuldigt wird, hat am Sonnabend in seinem "letzten Wort" abermals seine Unschuld beteuert. Ruhig, sachlich und nicht ohne einen tiefen Eindruck zu hinterlassen, erklärte Frenzel: "Wenn ich mein Leben lang gearbeitet und gestrebt habe, so war ich immer beseelt von dem Gedanken an meine Familie. Ich wollte meinen Kindern ein sorgenfreies Dasein schaffen,damit sie es in ihrer Jugend in im Leben besser haben sollten als ich. Und nun werde ich beschuldigt,mich an meinen Kindern,die ich über alles geliebt habe, für die ich gesorgt habe,vergangen zu haben. Meine Herren Richter,ich erkläre,dass ich vollständig unschuldig bin! Ich stehe hier nicht vor Ihnen,um meine Freiheit zu erbitten und zu betteln. Ich habe noch so viel Stolz und Ehrgefühl, dass ich um meinen Namen kämpfe,und ich werde,solange ich noch ein Hemd auf dem Leibe habe und solange ich noch die Kraft besitze, um meinen Namen kämpfen,da ich vollkommen unschuldig bin,es sei denn,dass meine Nerven versagen und die Verzweiflung mit einen andren Weg weist".

\+ + +

Brand auf einem Ueberseedampfer. Aus noch ungeklärter Ursache brach am Sonnabend auf dem vor kurzem vom Stapel gelassenen neuen französischen Ueberseedampfer "George Philippa", der zu seiner Fertigstellung im Hafen von St.Nazaire liegt,ein Brand aus, der erst entdeckt wurde,als das gesamte Schiffsinnere so voll Rauch war,dass es sich als unmöglich herausstellte, an den Brandherd heran-

zukommen. Zum Glück befanden sich zurzeit des Feuerausbruchs sämtliche Arbeiter auf dem Oberdeck, sodass sie sich, bis auf 2 die schwerere Verletzungen erlitten, rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Mit unheimlicher Geschwindigkeit griffen die Flammen um sich. Ueber dem Hafen der Stadt schlug stundenlang eine meterhohe Feuersäule empor, während schwarze Rauchwolken das brennende Schiff verhüllten. Die Inneneinrichtung des Riesendampfers brannte völlig aus.

\+ + +

Banditen als Weihnachtsmänner. In der Nähe von Sagan drangen zwei als Weihnachtsmänner verkleidete Banditen mit vorgehaltenen Revolvern in den Laden eines Konsumvereins ein, schossen den Lagerverwalter zu Boden und machten den Versuch, die Kasse zu rauben. Die Weihnachtsmänner wurden jedoch bei ihrer Arbeit gestört, sodass sie flüchteten. Die Verletzungen des Lagerverwalters sind lebensgefährlich.

\+ + +

Duell zwischen Gatten. In Pierre=Bénite (Rhone) begab sich der verlassene Ehemann Julien Brosse in das Haus seines Schwiegervaters und verlangte die Rückkehr seiner Frau. Beide Parteien waren mit Revolvern bewaffnet. Als die Frau sich weigerte, schoss Brosse, traf aber nicht. Darauf schoss die weniger nervöse Gattin und verwundete ihren Mann durch drei Schüsse schwer. Während der Sterbende in das Krankenhaus überführt wurde, stellte sich die Frau der Polizei.

\+ + +

Krawalle in Berlin=Neukölln. Im Anschluss an Erwerbslosendemonstrationen kam es am Sonnabend in Berlin=Neukölln zu ziemlich ernsten Ausschreitungen. Vor einem Hause in der Berlinerstrasse stürmten 12 junge Burschen eine Bäckerei, entwendeten zahlreiche Brote und flüchteten dann. Aus einem anderen Geschäft holten sich einige Leute Fleischwaren. Um Ordnung zu schaffen, musste die Polizei ziemlich energisch vorgehen. Die Rädelsführer entkamen. Kurze Zeit später kam es zwischen Bahnhof Friedrichstrasse und Unter den Linden zu Unruhen. Zahlreiche Niederrufe gegen die Regierung wurden laut. Der Aufforderung auseinander zu gehen, kamen die Demonstranten nicht nach. Die Polizei musste die Strasse mit dem Gummiknüppel räumen, zwei Rädelsführer wurden verhaftet. Zu Plünderungen kam es nicht, da sich die bedrohten Firmen rechtzeitig durch Herablassen der Rolläden schützten.

\+ + +

Merkwürdige Millionenkredite. Merkwürdige Misstände sind bei der Sparkasse des Landkreises Guben aufgedeckt worden. Es wurde festgestellt, dass eine jetzt in Konkurs geratene Firma einen Kredit in Höhe von einer Million Mark eingeräumt worden ist, ohne dass hierfür die erforderlichen Garantien vorhanden waren. Die Direktoren der Kasse sind vorläufig versetzt worden.

\+ + +

Todessprung eines Sträflings. Der Sträfling Tom Fern, ein früherer Polizist, der wegen Einbruchs zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, machte bei einem Gefangenentransport von Portsmouth nach Plymouth (England) einen Fluchtversuch, indem er sich durch das Fenster des mit 90 Km Geschwindigkeit fahrenden Zuges stürzte. Anscheinend hatte Fern beabsichtigt, in den Fluss zu springen, den der Zug im Augenblick des Fluchtversuches überquerte. Der tollkühne Sprung misslang, Fern geriet unter den Zug und wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

\+ + +

Ueberfällige Fliegerin. Keith Miller, die bekannte amerikanische Sportflieferin scheint bei dem Versuch eines Fluges von Havana nach Miami in der Florida Bucht abgestürzt und ertrunken zu sein. Die Suche nach ihr blieb bisher erfolglos.

Wirtschaft Technik Handel

Der Preisabbau!

(Eine Zwischenbilanz.)

SPD. Das Statistische Reichsamt gibt einen Ueberblick über die Preisveränderungen in der Zeit von Oktober 1929 bis Oktober 1930. Danach hat sich der Ernährungsindex um 9,3 % vermindert. Die Kosten für Bekleidung sind um 7,1 zurückgegangen. Bei den Wohnungskosten liegt eine Erhöhung um 3,3, bei Heizung und Beleuchtung um 0,6 und bei sonstigem Bedarf um 0,3 % vor. Demnach bleiben von der Verbilligung, immer indexmässig betrachtet, 5,3 % übrig. Leider treten sie im Index mehr in Erscheinung als in der Praxis. Was ist,so fragen wir,mit der Preissenkung?

Am 14.November trat der vom Kabinett gebildete Ausschuss mit einer grossen Preissenkungskundgebung vor die Oeffentlichkeit. Dann überliess er,wie es heiss die Einzelaufgaben der Preissenkung den Ressortleitern und den einzelnen behördlichen Stellen. Bis auf die Verbilligung des Bäckerbrotes um 4 Pfennige je 1250 Gramm,waren leider seine Ankündigungen bisher mehr Nieten als Treffer.Nach vielem Hin und Her konnte das Reichsernährungsministerium von der Milchpreissenkung Mitteilung machen. In Berlin ist sie durch Erhöhung des Produzentenpreises um 2 Pfennig schon wieder verloren gegangen. Der Kampf mit den Berliner Brotfabrikanten geht weiter. Der preussische Handelsminister hat zwar Preisabreden der Brotfabrikanten verboten; diese aber halten an dem Widerstand gegen die Preissenkung fest. Der Reichsernährungsminister Schiele wiederum hat die undankbare Aufgabe der Preissenkung der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen übergeben. Diese gab nach langen Mühen einige "angemessene" Gemüserichtpreise für den Kleinhandel bekannt und will diese möglichst täglich, entsprechend der Marktlage, veröffentlichen. Für Obst hat man in der Reichsforschungsstelle kaum irgendwelche Hoffnungen,eingreifen zu können. Die Schichtung des Obsthandels ist unendlich, ebenso die Zahl der deutschen Obstsorten.Die mangelnde Standardisierung verhindert jede Kontrolle und Nachkalkulation.

Inzwischen hat diese Behörde festgestellt,wie wir hören,dass die 5 Pfennig Schweinepreisermässigung von den Fleischern zu mehr als die Hälfte wieder "heraufkorrigiert" worden sind; der Rest soll bald folgen. Die Kleinhandelspreise der Kartoffeln zeigen wieder nach oben. In dem Augenblick, als sich die Reichsregierung aus der vordersten Kampflinie zurückzog, war es mit der Fernwirkung der "Aktion" zu Ende. Die Interessenten nehmen sie nicht mehr ernst. Im Volk beginnt man bereits von Preissenkungsschwindel zu reden.

Das ist kein Wunder. Der Reichsregierung schwebte eine Senkung der Nominallöhne zumindesten in einem Umfang von 10 % vor. Hat man sich auch klar gemacht; wie gross die Verbilligung der Lebenshaltung sein müsste,um diese Lohnsenkung auch nur einigermassen auszugleichen? Im Massenhaushalt kommen auf Lebensmittel und Kleidung rund 50 % aller Ausgaben; auf Wohnung, Verkehrsausgaben und sonstiges die anderen 50 %. Nun zeigen die Mieten eher die Tendenz zur Steigerung als zur Senkung. Von den Verkehrs=, Strom=, Heiztarifen und bei den Preisen für den sonstigen Bedarf ist eine fühlbare Verbilligung kaum zu erwarten die Kohlenpreissenkung wird durch die kommende Verteuerung von Bier und Tabak sicher mehr als ausgeglichen. 50 % der Lebenshaltungskosten bleiben also im Preis stabil. Die anderen 50 % (Lebensmittel und Bekleidung) müssten um 20 % verbilligt werden, wenn eine 10%ige Nominallohnsenkung auch nur ausgeglichen

werden sollte. Dem stehen nun die kümmerlichen, zum grossen Teil aber wieder aufgehobenen Verbilligungen bei Milch, Schweinefleisch, Kartoffeln, Gemüse und Brot gegenüber! Das harte Wort vom Preissenkungsschwindel liegt also mehr als nahe. Dieses gefühlsmässige Volksurteil kann aber nicht korrigiert werden, wenn die Reichsbahn das Verlangen nach einer Frachtsenkung mit einem unzweideutigen Nein beantwortet und wenn gleichzeitig Staat und Kommunen zur Defizitdeckung neue Massensteuern beschliessen müssen.

Eines aber funktionierte inzwischen vortrefflich in Deutschland, das ist der Abbau der Löhne und Gehälter. Unterdem Druck der Krise sind auf der ganzen Front die Effektivlöhne gestürzt. Kein Schlichter hat bisher von der Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung gebührend Notiz genommen, dass in der Industrie innerhalb Jahresfrist die Effektivlöhne auf "kaltem" Wege um 8 % abgebaut worden sind. Der deutsche Textilarbeiterverband hat an Hand eines riesigen Materials nachgewiesen, dass in der Textilindustrie, wo sich die Akkordlöhne auf sehr niedrigen Tariflöhnen aufbauen, die Effektivlöhne bis zu 50 % abgesunken sind. Mit dem Berliner Metallschiedsspruch aber überstürzen sich die Meldungen von Lohn= und Tarifabbau aus ganz Deutschland. Der Abbau der Beamtengehälter schliesslich erfolgt ab 1. Februar durch einfaches Gesetz!

Wie muss sich die Gegensätzlichkeit von Preissenkung und Lohnabbau auf die Wirtschaft auswirken? Die Arbeitslosigkeit steigt in Deutschland weiter, leider nicht nur saisonmässig, sondern auch konjunkturell. Nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist von September bis Ende Oktober in der Konjunkturgruppe die Vollarbeitslosigkeit von 18,8 auf 19,4 %, die Kurzarbeit von 17, 5 auf 17,8 % gestiegen. Für November ist eine weitere, auch konjunkturelle Verschlechterung sicher, wie die Ziffern der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zum 15. November schon erkennen liessen: in den Nichtsaisonberufen nahm in der 1. Novemberhälfte die Arbeitslosigkeit noch um 5½ % zu. Dabei hat die Aktivität des deutschen Aussenhandels noch zugenommen; insbesondere beruht die Zunahme des Exportüberschusses auf der Steigerung des Fertigwarenexportes. Die wachsende Verschlechterung der Wirtschaftslage erklärt sich also in erster Linie aus innerwirtschaftlichen Gründen.

Daraus ergibt sich eine ausserordentlich bedeutsame und für die Wirtschafts= und Sozialpolitik in Deutschland bochernste Konsequenz: soll die Zunahme der konjunkturellen Arbeitslosigkeit endlich gestoppt werden, dann muss mit dem Lohnabbau sofort und mindestens auf solange Schluss gemacht werden, bis eine stärkere Wirkung des Preisabbaues erkennbar wird.

Die Wirtschafts= und Sozialpolitik der Reichsregierung hat in ihren bisherigen Massnahmen zur Krisenbekämpfung die hundertjährige, noch in der amerikanischen Krise von 1920 – 1922 wieder bestätigte Erfahrung nicht berücksichtigt, dass der Umschwung zur Besserung nur herbeigeführt werden kann durch eine Steigerung der Realverdienste und des Realeinkommens in der Volkswirtschaft. In dem stark von Rentnern entblössten Deutschland heisst das die Steigerung des Realeinkommens der arbeitenden Massen. Die Bemühungen der Reichsregierung um die Bekämpfung der Wirtschaftskrise werden und müssen endgültig scheitern, wenn sie für ihre weitere Politik diese Lehre nicht beherzigt. Mit der Verkoppelung von Preis= und Lohnabbau muss gebrochen werden. Nur Preisabbau kann noch die Parole sein. Dazu sind noch riesige Möglichkeiten bei den kartellierten Schlüsselprodukten und auch bei den Markenkartellen vorhanden. Sie brauchen nur ausgeschöpft zu werden!

SPD. Der Abschluss des Hoesch=Köln=Neuessener Konzerns, nach Klöckner und der Gutehoffnungshütte der dritte in der Reihe der grossen Montanbilanzen, ist angesichts der schweren Arbeitskrise als überraschend günstig anzusprechen. Der Rohertrag des Konzerns – Reingewinn und Abschreibungen zusammengenommen – sind mit 20,9 gegen 20,6 Mill. Mark im Vorjahr sogar noch etwas gestiegen. Wenn

der Reingewinn der beiden jetzt verschmolzenen Unternehmungen nur mit 8,9 gegen 10,1 Mill.Mark ausgewiesen wird,so erklärt sich das durch die beträchtlich hoch aufgesetzten Abschreibungen. Auch die Dividende, 6 % bei Hoesch und 6½ % bei Köln=Neuessen, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen als hoch anzusprechen.

Auch die Produktion hat sich bei beiden Unternehmen gegenüber dem Vorjahr noch beträchtlich erhöht. So stieg die Förderung von Eisenerzen von 0,16 auf 0,22 Mill,Tonnen, die Förderung in den Dortmunder Zechen von 1,48 auf 1,61 und die Koksproduktion von 0,76 auf 0,80 Mill.Tonnen. Auch die Roheisenproduktion der Hochöfen wies eine beträchtliche Steigerung, von 0,67 auf 0,76 Mill.Tonnen, auf. Die Stahlerzeugung stieg gleichfalls, von 0,89 auf 0,95 Mill.Tonnen. Der Oktober 1929 brachte mit einer Stahlerzeugung von rund 103 400 Tonnen sogar einen bisher nicht erreichten Höchststand. Es zeigt sich also,dass die Konjunktur in der Schwerindustrie während des zweiten Halbjahrs 1929 noch so stark war, dass die Ausfälle in diesem Jahr mehr als wettgemacht werden konnten. Das gleiche Bild ergibt sich beim Köln=Neuessener Bergwerksverein,wo die Kohlenförderung um 5,32 %, die Koksproduktion um 16, 3 % und die Herstellung von Nebenprodukten um durchschnittlich fast 20 %, gestiegen ist. Da die zeitweise Belegschaftsverstärkung bei diesem Unternehmen während des Betriebsjahres sehr schnell abebbte und zum Jahresschluss die Belegschaft mit 7 252 Mann sogar unter dem Stand von 1929 lag, ergibt sich auch hieraus wieder eine weitere Leistungssteigerung je Mann und Schicht. Der "kalte Lohnabbau" hat in der deutschen Industrie bereits vor der allgemeinen Lohnabbauaktion eingesetzt. So ist der Durchschnittslohn des Hüttenarbeiters bei Hoesch von 1,03 auf 98 Pfennige pro Stunde gesunken.

Wie gut die Finanzen des Hoeschkonzerns auch im letzten Jahr waren,geht daraus hervor,dass das Unternehmen über 16,4 Millionen Mark neu in den Betrieb stecken konnte. Die Neuanlagen wurden aus laufenden Betriebsgewinnen finanziert.

SPD.Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 143,5 gegenüber 145,4 im Vormonat. Sie ist somit um 1,3 v.H. zurückgegangen. An dem Rückgang sind alle Bedarfsgruppen ausser der Wohnung beteiligt und zwar sind zurückgegangen die Indexziffern: für Ernährung um 1,4 v.H. auf 137,5, Heizung und Beleuchtung um 0,7 v.H. auf 152,4, Bekleidung um 2,5 v.H. auf 154,6 und "Sonstiger Bedarf" um 1,6 v.H. auf 189,7.

Die Indexziffer für Wohnung ist mit 130,7 unverändert geblieben. Von den Untergruppen der Ernährung haben nur die Eier im Preise - saisonmässig - angezogen."

SPD.Der Fleischverbrauch in Deutschland wird vom Reichsstatistischen Amt für die ersten neun Monate des Jahres 1930 mit 23,65 Millionen Doppelzentner angegeben gegenüber 24,11 Millionen Doppelzentner in derselben Zeit des Vorjahres. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutet das einen Rückgang von 37,72 Kilogramm auf 36,79 Kilogramm. Der Minderverbrauch von ungefähr 1 Kilogramm pro Kopf macht eine Gesamtmenge von rund 500 000 Doppelzentnern aus.

SPD. Der Engelhardt-Braukonzern wird für das verflossene Jahr wieder eine Dividende von 13% auszahlen.

Stützungsstellen offerieren.

(Berliner Getreidebörse vom 29. November.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Sonnabend in ruhiger Haltung. Die Lage ist im wesentlichen unverändert. Es machte sich weiter rege Kauflust der Mühlen nach schwerem Weizen und Qualitäten bemerkbar, die nur in geringerem Umfang zur Verfügung standen. Für minderen Weizen und für Roggen war weniger Interesse vorhanden, sodass sich die Umsatztätigkeit in engen Grenzen hielt Soweit Abschlüsse zustandekamen, lagen die Preise unverändert auf Vortagshöhe. Desgleichen wiesen die Notierungen für beide Brotgetreidearten am Markte der Zeitgeschäfte nur unwesentliche Abweichungen auf. Das Mehlgeschäft war unverändert ruhig. Auch für Hafer war die Tendenz eher etwas schwach. An der Börse verlautete, dass von dem von der Stützungsstelle zur Lieferung für Dezember gekauften Roggen bereits erhebliche Mengen für den 1. Tag des Liefermonats angedient seien. Man ist gespannt darauf, ob das Material den üblichen Bedingungen entsprechen wird.

	28. November	29. November.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	248 - 249	249 - 250
Roggen	147 - 149	147 - 149
Braugerste	194 - 216	194 - 216
Futter- und Industriegerste	176 - 184	178 - 185
Hafer	137 - 143	137 - 142
Weizenmehl	29,00-37,00	29,00-37,00
Riggenmehl	23,50-26,50	23,50-26,50
Weizenkleie	8,60- 9,00	8,60- 9,00
Roggenkleie	8,35- 8,75	8,35- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschafte: Weizen Dezember 262½ (Vortag:262), März 276½ (276), Mai 284½ (284). Roggen Dezember 170½ (171), März 181 3/4 - 182 1/4 Geld (182), Mai 188½-189 (188). Hafer Dezember 151½-151 (152 1/4). März 162-161 3/4 plus Brief (163), Mai 172 (172).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 29. November bis 4. Dezember: für A-Milch 19 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die A-Milchmenge ist auf 95% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 1/2 Pfennige je Liter, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1 3/4 Pfennig je Liter. Dazu tritt Qualitätsbewertung nach Fettgehalt und Sauberkeit entsprechend dem Berliner Abkommen.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 29. November: I. 131 Mark, II. 117 Mark, III. 101 Mark je Zentner. Tendenz: flau.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der internationale Arbeitslosenschutz.

Wie steht's in den verschiedenen Ländern?

SPD. Jahrzehntelang hat die organisierte Arbeiterbewegung um eine Arbeitslosenversicherung gekämpft. Es musste erst der Krieg und in seinem Gefolge eine furchtbare Erschütterung der Wirtschaft kommen, um die Berechtigung dieser Forderung der Arbeiterschaft der Allgemeinheit zu Bewusstsein zu bringen. Lange Zeit war der Arbeitslosenschutz vom Bürgertum stets als "Prämie auf die Faulheit" abgelehnt worden. Heute ist in einer ganzen Reihe von Ländern, vornehmlich in den führenden Industriestaaten - abgesehen von Amerika - eine Arbeitslosenversicherung oder eine ähnliche Unterstützungseinrichtung geschaffen. Am besten steht es dort, wo die Gewerkschaften Einfluss haben, am schlechtesten, wo nur Kapitalisten, Faschisten oder Kommunisten das Heft in der Hand haben, also in Amerika, in Italien und in Sowjetrussland. In diesen Ländern sind die Arbeitslosen entweder der privaten Wohltätigkeit ausgeliefert oder auf ein paar bettelhafte Unterstützungspfennige angewiesen oder sogar der Arbeitslosenunterstützung wieder beraubt. Der Arbeitslosenschutz ist für den Arbeiter, den die Hetze gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie unsicher gemacht haben, der beste sozialpolitische Prüfstein.

In Europa besteht in etwa 25 Ländern eine Arbeitslosenversicherung. In zehn Ländern ist die Arbeitslosenversicherung eine Zwangsversicherung, während sie in den übrigen Ländern als freiwillige Versicherung besteht. Die Zwangsversicherung erfasst in Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, Gross-Britannien, Irland, Italien und Polen rund 45 Millionen Arbeitnehmer, während in den anderen Ländern nur 2 bis 3 Millionen Arbeitnehmer in den Bereich der freiwilligen Versicherung fallen. Schon die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt, dass die Zwangsversicherung die wirksamste Versicherungsform ist, da die freiwillige Versicherung nicht ausreicht, um alle Arbeitnehmer gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Sehr verschiedenartig sind Höhe der Arbeitslosenunterstützung sowie Dauer der Unterstützung geregelt. Manche Länder haben einen festen Unterstützungssatz, während andere die Höhe der Unterstützung nach Verdienst und Lohngruppen bemessen. Die Dauer der Unterstützung beträgt, um einige Beispiele zu nennen: in Australien 13 Wochen jährlich, in Belgien 30 Tage jährlich, in Dänemark 70 Tage, in Finnland 90 Tage - in Deutschland und in Grossbritannien sowie in Irland 26 Wochen. In all diesen Ländern ist die Möglichkeit einer Verlängerung der Dauer des Unterstützungsbezugs in Krisenzeiten vorgesehen. Das Problem der Unterstützung der Saisonarbeiter ist völlig uneinheitlich geregelt. Einzelne Länder schliessen die Saisonarbeitslosigkeit ausdrücklich von der Versicherung aus während die Kurzarbeit fast überall in den Rahmen der Unterstützungsvorschriften fällt.

Die Aufbringung der Mittel erfolgt fast überall durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Körperschaften. Die Beiträge sind bei den einzelnen Kassen verschieden. In Belgien gewährt der Staat und die Gemeinden 50% der Beiträge. In Dänemark werden vom Staat 35% und von den Gemeinden 30% der Beiträge geleistet. In Grossbritannien und Irland zahlen die öffentlichen Körperschaften etwa 1/3 und die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenfalls je ein Drittel der Kosten. Auch in Oesterreich, Polen und in verschiedenen anderen Ländern trägt fast ausnahmslos der Staat zur Finanzierung der Versicherung bei, während in

Deutschland das Reich zunächst nur Darlehen an die Reichsanstalt gab; erst seit Beginn dieses Jahres werden auch Zuschüsse gegeben. Beides: Darlehen und Zuschuss soll nach dem Programm der Regierung Brüning wegfallen, wogegen sich die Gewerkschaften mit aller Energie stemmen. Die Krisenfürsorge wird in Deutschland in der Hauptsache vom Reich allein finanziert, während die Wohlfahrtserwerbslosenlast nur die Gemeinden trifft. - Die Verwaltung der Versicherung ist in den einzelnen Ländern ebenfalls sehr verschiedenartig. Eine so ausgesprochene Selbstverwaltung, wie sie in Deutschland bei der Reichsanstalt grundsätzlich besteht, findet sich in keinem anderen Gesetz, obgleich auch im Ausland sowohl bei der Zwangsversicherung als auch bei der freiwilligen Versicherung die Arbeitslosenbehörden und die etwa bestehenden besonderen Ausschüsse die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verwaltung hinzuziehen.

Beim Internationalen Arbeitsamt sind, vor allem von Seiten der Arbeitnehmergruppe, Bestrebungen im Gange, in der Frage des Arbeitslosenschutzes ein internationales Uebereinkommen herbeizuführen. Die Arbeiterschaft konzentriert ihr Interesse für ein internationales Uebereinkommen naturgemäss auf eine Erfassung aller Risiken der Arbeitslosigkeit einschliesslich der sogenannten Saisonarbeitslosigkeit, auf eine ausreichende Unterstützung einschliesslich der Unterstützung arbeitsloser Ausländer und auf den Grundsatz der Selbstverwaltung der Versicherungsträger. Dass an der Aufbringung der Mittel neben den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor allem auch der Staat beteiligt sein muss, versteht sich nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen von selbst. Die Arbeitslosigkeit ist keine Angelegenheit, die nur die Arbeitnehmer interessiert, sondern eine Gefahr, die das ganze Volk und alle an der Weltwirtschaft beteiligten Völker angeht. Daraus erwächst für die Staaten die Verpflichtung, ihrerseits auch in internationalem Masstab zur Bekämpfung des grössten Uebels der kapitalistischen Wirtschaft beizusteuern.

SPD. Die Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die Reichsbahn solle Löhne und Gehälter abbauen und die auf diese Weise gemachten Einsparungen auf dem Weg von Tarifermässigungen der "notleidenden Wirtschaft" wieder zuführen, hat unter dem Eisenbahnpersonal ein stürmisches Echo ausgelöst. Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands wendet sich mit schärfstem Protest gegen den Versuch der Industrie, sich in die Lohn- und Gehaltsverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft einzumischen. Er kündigt an, dass das Eisenbahnpersonal allen Bestrebungen zur Verwirklichung der Forderung des Reichsverbandes den entschlossensten Widerstand entgegensetzen werde. Die Eisenbahner seien unter keinen Umständen gewillt, sich ihre spärlichen Einnahmen kürzen zu lassen, nur um den Industriellen die Tasche zu füllen. Wenn sich die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn wirklich den Standpunkt des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu eigen mache, dann werde sie einen organisierten Widerstand der Eisenbahner von ungeahnter Grösse heraufbeschwören.

Die Industrie hat am allerwenigsten Veranlassung, die Hungergroschen eines Lohn- und Gehaltsabbaus bei der Reichsbahn für ihre Taschen zu fordern; denn sie profitiert ja bereits jetzt sehr kräftig auf Kosten der Eisenbahner. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft leidet z.Zt. nicht nur unter den hohen Reparationslasten, sondern auch unter der zunehmenden Autokonkurrenz. Die Reichsbahn, der Beförderungspflicht unterworfen, hat alle an sie herangebrachten Güter zu befördern. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse werden Rohstoffe und Lebensmittel zu niedrigeren Tarifen befördert. Den hierdurch hervorgerufenen Einnahmeausfall müssen die Einnahmen aus hoch tarifierten Gütern decken. Eine Tarifsenkung für die Güterarten, die in der Frage der Preissenkung bei Lebensmitteln eine grosse Rolle spielen, kann nur in Frage kommen, wenn der Güter-

anfall hochtarifierter Waren zunimmt. Davon ist leider nichts zu beobachten. Der Grund dafür liegt in der hemmungslosen Konkurrenz des Autos. Das Auto zieht das hochtarifierte Gut von der Reichsbahn ab und überlässt ihr das minder tarifierte Sperrgut zum Rücktransport. Das Auto ist zu dieser Konkurrenz in der Lage, weil es nicht den gleichen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen ist wie die Reichsbahn. Diese hat im übrigen auch ihren Fahrweg - die Schienenstränge- selbst zu erhalten. Das Auto dagegen trägt zu den 900 bis 950 Millionen Mark Strassenbaukosten nur 22 - 24% bei. Diese Autosteuer brachte 1929 ganze 209 Millionen Mark. Die restlichen 700 Millionen Mark Strassenbaukosten müssen die Gemeinden aufbringen.

Angesichts dieses wenig erquicklichen Zustandes ist es allzu begreiflich, wenn aus Eisenbahnerkreisen der Vorschlag kommt, die Kraftfahrzeugsteuer zu erhöhen. Es wird dabei betont, dass beispielsweise bei einer Erhöhung von 200% rund 400 Millionen Mark mehr einkommen. Dadurch könne die Wegebaulast der Kommunen ermässigt und die Ausbalancierung des Gemeindeetats erleichtert werden. Eben so könne dadurch die Abwanderung der hochtarifierten Güter von der Reichsbahn eingeengt und so die Möglichkeit geschaffen werden, Rohstoffe und Lebensmittel billiger zu transportieren, eventuell eine Tarifsenkung vorzunehmen, die den kleineren Geschäftsleuten ohne Auto zugute komme.

SPD. Der Verband Berliner Spezialgeschäfte hat in einem vertraulichen Rundschreiben seine Mitglieder davon unterrichtet, dass vom Arbeitgeberverband im Einzelhandel Gross-Berlin der Gehaltstarif für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel sowie der Lohntarif für die Handelshilfsarbeiter zum 31. Dezember gekündigt werden und zwar in beiden Fällen zum Zweck des Lohnabbaus.

SPD. Am Heiligabend bleibt es bei dem Fünf-Uhr-Ladenschluss. Der Reichsarbeitsminister lehnt es ab, für eine Aufhebung des im Vorjahr mit grosser Mehrheit vom Reichstag angenommenen Gesetzes einzutreten. Er wird, um eine Schädigung des Einzelhandels durch unbefugten Warenverkauf in Gast- und Schankstätten, in Friseurgeschäften usw. zu verhindern, die Landesregierungen anweisen, allen Umgehungen des Gesetzes energisch entgegenzutreten.

SPD. Als Aushalter gelber Gewerkschaften ist dieser Tage in Bochum der Bergbauliche Verein an den Pranger gestellt worden. Vor dem Amtsgericht sollten zwei Beleidigungsklagen der Bezirksleiter der gelben Gewerkschaft "Der deutsche Arbeiter" Raguschak-Essen und Alve- Gelsenkirchen gegen die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes Taube und Zeitler stattfinden. Die beiden freigewerkschaftlichen Funktionäre hatten in einer Versammlung gegenüber dem Vorwurf der gelben Bezirksleiter, die freien Gewerkschaften seien korrumpiert und arbeiteten nur gegen hohe Spesen und Gehälter, geantwortet, Raguschak und Alve seien bezahlte gelbe Subjekte. Daraufhin wurde von diesen Klage erhoben. Als jedoch die Angeklagten für die Erstattung des Wahrheitsbeweises den Vorsitzenden der gelben Gewerkschaft, Quint, und den Syndikus des Zechenverbandes, Holthöfer laden liessen, zogen die Kläger in letzter Minute plötzlich ihre Klage zurück. Damit war eindeutig bewiesen, dass "Der deutsche Arbeiter" ein gelber Verband ist und vom Bergbaulichen Verein gegründet und unterstützt wurde.